



„Glückliches Bayern“

Stephan Allroggen über die Vergütungsvereinbarungen der KZVB

Die Folgen der verfehlten Wirtschafts- und Sozialpolitik der Berliner Ampelkoalition sind mittlerweile unübersehbar. Deutschland fällt bei den wichtigsten ökonomischen Kennzahlen im internationalen Vergleich immer weiter zurück und ist wieder einmal der „kranke Mann Europas“. Mit einem Wirtschaftswachstum von gerade einmal 0,5 Prozent liegen wir hinter Ländern wie Rumänien (3,3 Prozent), Dänemark (2,6 Prozent), Griechenland (2,2 Prozent) oder Spanien (2,1 Prozent) – ganz zu schweigen von den USA oder China. Auch für 2025 prognostizieren Ökonomen ein sehr geringes Wirtschaftswachstum von maximal einem Prozent. Und das hat Folgen. Denn der Staat kann nur verteilen, was die Bürger und die Unternehmen erwirtschaften.

Wir Zahnärztinnen und Zahnärzte bekommen das bereits deutlich zu spüren. Die Ausgaben der gesetzlichen Krankenversicherung (GKV) für zahnmedizinische Behandlungen unterliegen seit dem 1. Januar 2023 erneut einer strikten Budgetierung. Auch wir Zahnärzte sollen so einen Beitrag leisten, um das Milliardendefizit in der GKV auszugleichen. Doch trotz Lauterbachs Kostendämpfungsgesetz schreiben die Kassen weiterhin rote Zahlen. 2023 betrug das Defizit 5,6 Milliarden Euro, im ersten Halbjahr 2024 waren es 2,2 Milliarden Euro. Für 2025 ist das nächste Milliardendefizit bereits vorhergesagt.

Die Zahnmedizin ist dafür nicht verantwortlich. Unser Anteil an den GKV-Gesamtausgaben geht seit Jahren zurück. Und dennoch werden wir von der Politik in Mithaftung genommen. Das Bundesgesundheitsministerium schätzt das Einsparvolumen durch die Budgetierung in der zahnärztlichen Versorgung auf 340 Millionen Euro im Jahr 2024; das entspricht rund 0,1 Prozent der GKV-Gesamtausgaben.

Im Bereich der KZV Hessen konnten wir im Jahr 2023 die Abrechnungen unserer Vereinigungsmitglieder nur quotiert auszahlen; der hohe hessische Punktwert konnte jedoch die Wirkung für die Praxen abmildern. Doch dramatischer ist das

Signal, das von der Budgetierung an den Nachwuchs ausgeht: In einer Zeit, in der die Niederlassungsbereitschaft ohnehin auf einem Rekordtief ist, konfrontieren wir potenzielle Praxisgründer mit planwirtschaftlichen Steuerungsinstrumenten.

Der KZV Bayerns ist es gelungen, Budgetüberschreitungen zu vermeiden. Dazu gratuliere ich dem Vorstand der KZVB gern. Den bayerischen Vertragszahnärzten werden aktuell alle erbrachten Leistungen vollumfänglich vergütet. Das hat bundesweite Signalwirkung, und das muss künftig wieder die Normalität sein.

Die Budgetierung wird das Finanzierungsproblem unseres Gesundheitssystems jedenfalls nicht lösen. Das wird nur gelingen, wenn die Einnahmen steigen und/oder der Leistungskatalog ausgedünnt wird. Die Einnahmesituation würde sich auch durch ein solides Wirtschaftswachstum verbessern. Aber dazu bräuchte es Reformen, zu denen die Ampelkoalition offensichtlich nicht in der Lage ist. Leistungskürzungen sind unpopulär und in dieser Legislaturperiode ebenfalls nicht mehr zu erwarten.

Das traurige Fazit: Gesundheitspolitisch steht diese Regierung vor einem Scherbenhaufen. Das Praxissterben im ländlichen Raum hat längst begonnen. Wir sind auf

dem Weg zu „englischen Verhältnissen“ in der ambulanten Versorgung. Wer auch immer in den kommenden Jahren das Bundesgesundheitsministerium leiten wird: Er oder sie steht vor gewaltigen Herausforderungen, die nur mit und nicht gegen die Selbstverwaltung im Gesundheitswesen zu bewältigen sind. Unsere Vorschläge liegen auf dem Tisch. Und wozu die Selbstverwaltung in der Lage ist, wenn man sie denn lässt, zeigen die Vergütungsvereinbarungen der KZVB. „Glückliches Bayern“ kann ich da nur sagen!



Stephan Allroggen ist seit 2005 Mitglied und seit 2009 Vorsitzender des Vorstands der KZV Hessen.